



Energiewende in Deutschland

Alles andere als eine Erfolgsstory

In Deutschland nimmt der Anteil an Strom aus Braunkohle und anderen fossilen Energieträgern wieder zu, während die Marktverzerrungen andere Energieträger aus dem Markt drängen. Angetrieben durch die Subventionen laufen dabei die Kosten aus dem Ruder und die Rechnung dafür bezahlen die Endkunden. Kopiert die Schweiz dieses System, so manövriert sie sich in eine unsichere und teure Stromzukunft.

Die Energiewende in Deutschland basiert auf zwei strategischen Säulen: Atomausstieg und Ausbau der erneuerbaren Energien. Im Gegensatz zur Schweiz hat Deutschland riesige Braunkohlevorkommen, mit denen der Wegfall des Atomstroms kompensiert werden kann. Noch nie seit der Wiedervereinigung war in Deutschland der Anteil an Strom aus Braunkohle so hoch wie in den letzten beiden Jahren. Über fünfzig Prozent des Stroms in Deutschland stammten 2013 aus fossilen Energieträgern, Braunkohle hatte dabei einen Anteil von knapp 26 Prozent. Die Braunkohle allein hatte 2013 einen höheren Anteil an der Stromproduktion als alle erneuerbaren Energien (23,4 Prozent) zusammen. Ein Grund für den Boom der Braunkohle in Deutschland sind die tiefen Preise für CO₂-Zertifikate. In den nächsten Jahren wird sich daran kaum etwas ändern, denn bis 2022 müssen die restlichen Kernkraftwerke vom Netz gehen und eine Verknappung der Ressource Braunkohle ist nicht in Sicht.

Die Kosten laufen aus dem Ruder

In den Jahren 2012 und 2013 betragen die Kosten für Erneuerbare-Energie-Anlagen rund 19 Milliarden Euro. 2014 wird bereits mit Kosten von etwa 21,6 Milliarden Euro gerechnet. Der gesamte Marktwert des damit produzierten Stroms lag in den Jahren 2012 bis 2014 gerade einmal zwischen vier bis fünf Milliarden Euro pro Jahr. Das führte dazu, dass die Strompreise für Haushalte im Jahr 2013 bereits mehr als doppelt so hoch ausfielen als noch im Jahr 2000. Während der Preis für eine Kilowattstunde Strom im Jahr 2000 bei knapp 14 Eurocents lag, kostete sie 2013 bereits 28,5 Eurocents. Dabei sind inzwischen die Hälfte dieses Preises Förderabgaben und Steuern. Die von den Endverbrauchern zu bezahlende Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien (Pendant zur KEV) betrug im Jahr 2012 3,6 Cent/kWh, 2013 5,3 Cent/kWh und 2014 bereits 6,2 Cent/kWh. Und die künftig anstehenden immensen Kosten für Netzausbau,

Energiespeicherung und Bereitstellung von Reservekraftwerken sind noch nicht berücksichtigt und werden das Portemonnaie der Endkunden zusätzlich belasten.

Nebst den Kosten gibt es noch andere Fehlentwicklungen der deutschen Energiewende:

- Der Kohleboom lässt die CO₂-Emissionen in Deutschland wieder ansteigen.
- Der subventionierte Strom aus erneuerbaren Quellen verzerrt den Markt massiv und drängt andere Energieträger ins Abseits.
- Da der Strom aus erneuerbaren Energien nicht bedarfsgerecht produziert wird, ist jegliche Mehrproduktion aus diesen Quellen immer weniger wert.
- Die Förderung ist völlig ineffizient, da der Produzent sich nicht um Kosten, Nachfrage und Vermarktung kümmern muss.
- Nebst den erneuerbaren Energien benötigt es parallel einen etwa gleichgrossen Energiepark mit fossilen Energien als Backup für den Fall, dass die erneuerbaren Energien nicht produzieren.

Was bedeutet das für die Schweiz?

Die Schweiz ist auf bestem Wege, die Fehler Deutschlands zu kopieren. Da wir aber keine Braunkohleressourcen haben, wird der Import von Strom ein wichtiger Bestandteil unserer neuen strategischen Ausrichtung sein. Das bringt gewichtige Nachteile mit sich: Wir werden bezüglich unseres Energieverbrauchs noch abhängiger vom Ausland, die Versorgungssicherheit nimmt gleichzeitig ab und die CO₂-Emissionen nehmen zu, wobei wir diese ins Ausland exportieren. Und all das wird für uns auch noch enorme Mehrkosten bedeuten. Die Schweiz läuft Gefahr, ein bislang sehr gutes und sicheres Stromversorgungssystem zu einem hohen Preis in ein unsicheres und ineffizientes umzutauschen. Oder aber die Schweiz besinnt sich noch einmal und verzichtet auf ein Verbot von Rahmenbewilligungen für neue Kernkraftwerke.

Editorial

Energiewende in aller Munde



Andreas Gasche

Energiestrategie 2050! Fast jede Zeitung, die man aufschlägt, behandelt das Thema. Wenn man die elektronischen Medien anschaltet, wird über das Thema berichtet.

Die Kantone entwerfen in einer Art vorausseilendem Gehorsam Energiekonzepte und nehmen Änderungen von Energiegesetzen vor. In Diskussionen geht es vor allem um Förderbeiträge und Vergütungen. Und wer sich einmal getraut, besorgt das Wort «Wasserkraftwerke» in den Mund zu nehmen, wird belächelt. Wer einen Schritt weiter geht und den Begriff «Kernenergie» benutzt, der muss die Ritterrüstung anziehen. Sexy sind diese beiden Begriffe in der laufenden Energiediskussion auf jeden Fall nicht. Wer sich in der laufenden Energiedebatte – liberal denkend – möglichst viele Optionen offen halten will und dabei die beschlossenen CO₂-Vorschriften nicht aus den Augen lässt, der wird von der Alternativenergiewelle weggespült.

Das alles sollte die AVES nicht hindern, genau diesen Weg weiter zu gehen. So schreibt denn auch die AVES Solothurn in ihren Statuten: «Die AVES Kanton Solothurn setzt sich im Rahmen der freien Marktwirtschaft für eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Energieversorgung ein.»

In partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürgern und Staat strebt die AVES Kanton Solothurn die Förderung der Energieeffizienz und aller zur Verfügung stehenden Energieproduktionsformen an, speziell die in der Schweiz bewährten Energieträger Wasserkraft und Kernenergie. Die AVES will mit fachlich kompetenter Diskussion dazu beitragen, Lösungen für die Energieversorgung der Gegenwart und der Zukunft für die Schweiz aufzuzeigen. Dabei sollen alle Qualitäten der Energieversorgung beachtet und den vorhandenen Zielkonflikten nicht ausgewichen werden. Ist daran etwas falsch?

Andreas Gasche
Geschäftsführer AVES Solothurn



Alle Energien nutzen

Wasserkraft benötigt rasch neue Rahmenbedingungen

Während der Fokus der Politik bislang vor allem auf dem Ausbau der Wasserkraft lag, gerät die bestehende Wasserkraft immer mehr in Bedrängnis. Unsere bisherige Wasserkraftproduktion ist für die Zukunft alles andere als gesichert und ihr Erhalt stellt eine grosse Herausforderung dar. Rasche Lösungen sind gefragt. Die Politik ist gefordert, denn der Entscheid des Nationalrates in der Wintersession 2014 wird für den Erhalt der Wasserkraft nicht ausreichen.

In der Energiestrategie 2050 wird ein Ausbaupotential der Wasserkraft von 4,6 TWh angenommen. Der Fokus der Politik liegt daher besonders auf diesem Ausbau der Wasserkraft. Aktuell besteht aber in der Elektrizitätsproduktion ein Überangebot. Daran wird sich auch mittelfristig nichts ändern, weshalb ein Fokus auf einen Ausbau nicht adäquat erscheint. Vielmehr sollte aktuell die politische Aufmerksamkeit der bestehenden Wasserkraft gelten, zumal sich deren Rentabilität kontinuierlich verschlechtert.

Die grosse Herausforderung in der aktuellen Energiepolitik besteht vor allem darin, die heutige Wasserkraftproduktion zu erhalten. Zum Vergleich: bei der Sicherung der bestehenden Produktion geht es um durchschnittlich 36 TWh bzw. 58 Prozent der schweizerischen Gesamtstromproduktion. In Anbetracht dieser Systemrelevanz braucht es rasch neue Rahmenbedingungen für die existierende Wasserkraft, denn diese ist die bedeutendste erneuerbare Energiequelle der Schweiz.

Die Wasserkraft in einer immer schwierigeren Situation

Jahrzehntlang war die Wasserkraft das Rückgrat unserer Stromproduktion und die Schweiz verdiente damit gutes Geld. Inzwischen sind die Strompreise auf einem Tiefstniveau angelangt. Der Marktpreis für Strom ist von 120 CHF/MWh im Jahr 2008 auf 55 CHF/MWh im Jahr 2013 eingebrochen. Im Jahr 2014 ist er

nochmals um zwanzig Prozent auf 45 CHF/MWh (4,5 Rp./kWh) gefallen. Und auch mittelfristig ist keine Besserung in Sicht, da die gehandelten Terminpreise für 2020 bei rund 35 Euro/MWh liegen. Wird gegen die aktuellen Rahmenbedingungen nichts unternommen, liegen die Gestehungskosten von Strom aus Wasserkraft über den Marktpreisen. Aus den einstigen Gewinnen werden Verluste.

Wichtige Investitionen in Unterhalt und Erneuerung bleiben aus und letzten Endes wird damit die Versorgungssicherheit gefährdet und Volkvermögen vernichtet. Viele der genannten Faktoren lassen sich von der Schweiz nicht direkt beeinflussen. Massnahmen auf der Kostenseite kann sie aber selbständig umsetzen und dadurch die Situation der Wasserkraft verbessern.

Der Entscheid des Nationalrates

Der Nationalrat entschied sich in der Wintersession 2014 für einen einmaligen Investitionsbeitrag für Grosswasserkraftwerke in Höhe von 600 Millionen Schweizer Franken. Dieser Betrag soll in den nächsten zwanzig Jahren für Neubauten sowie erhebliche Erweiterungen bereitstehen und 2 TWh zusätzliche Produktion ermöglichen. Davon ausgenommen wurden die Pumpspeicherkraftwerke. Dies ist zwar eine unterstützende Massnahme, die aktuellen Probleme der Wasserkraft werden damit aber nicht gelöst, weil diese Beiträge dem heutigen Bestand der Wasserkraft nichts nützen.

Suche nach Lösungen ist schwierig, aber notwendig

Es gilt alle Möglichkeiten auszuschöpfen bzw. zu diskutieren. Dabei ist auch eine Befristung von Massnahmen denkbar. Im Folgenden sind einige Massnahmen aufgeführt, welche als Teillösungen dienen könnten:

- Ausweitung der Investitionsbeiträge auch für den Substanzerhalt der bestehenden Wasserkraftwerke sowie für eine Erhöhung von Speichervolumen.
- Das heutige Fördersystem wird marktnah ausgestaltet und zeitlich begrenzt.
- Auch Wasserkraftwerke mit einer Leistung über 10 MW können am Fördersystem teilnehmen (dringliche Änderung des bestehenden Energiegesetzes im Sinne einer Umlagerung der bestehenden KEV).
- Die Kantone verzichten analog ihrer Kompetenz auf eine Erhöhung der Wasserzinsen.

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-S) hat ihre Detailberatungen zur Energiestrategie 2050 Ende März begonnen. Die Wasserkraft ist dabei ein zentrales Thema. Spätestens bei der darauf folgenden Debatte im Ständerat wird sich zeigen, für welche Lösungen sich die Politik entscheidet.

Frankreich setzt weiterhin auf Kernenergie

Die Energieministerin Ségolène Royal erklärte im Januar 2015 in einem Interview, dass die Kernenergie ein Trumpf sei. Deshalb will sie neue Kernkraftwerke planen. Zusätzlich sieht sie durchaus die Möglichkeit, die Laufzeiten einiger Kernkraftwerke zu verlängern.

Die Energieministerin will keine gesetzlich festgelegte Beschränkung der Lebensdauer auf vierzig Jahre. Die verschiedenen Energiequellen dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Kernkraftwerke gewährleisten die Versorgungssicherheit. Zudem will sie den Bau einer neuen Reaktorgeneration vorantreiben, damit alte Einheiten ersetzt werden können, falls sich eine Nachrüstung nicht mehr anbietet. Damit vollzieht die Energieministerin eine Kehrtwende in der Energiepolitik. Dies ist seit Fukushima das erste explizite Bekenntnis von Seiten französischer Regierung für den Bau neuer Kernkraftwerke wie auch für eine längere Laufzeit als vierzig Jahre.

Die dadurch ausgelöste Debatte in Frankreich zeigt, dass dort das letzte Wort zur künftigen Kernenergienutzung noch nicht gesprochen ist, obwohl die Energieministerin im Nachgang zum Interview präzisierte, dass der Kernenergieanteil an der Stromerzeugung bis 2025 weiterhin von 75 auf 50 Prozent verringert werden soll.

Auszug aus dem Referat von Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung economie-suisse, anlässlich der Jahresmedienkonferenz economie-suisse vom 2. Februar 2015

Keine Experimente mit unserer Energieversorgung!



Monika Rühl

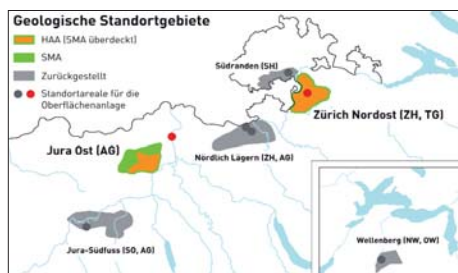
Sehr kritisch beurteilen wir die Energiestrategie 2050. So wie sich die Vorlage jetzt präsentiert, hat sie keine Zukunft. Generell bereitet die Vorlage der Schweizer Wirtschaft Sorgen, weil sie mit bürokratischen Regulierungen und Zwangsmassnahmen gespickt ist. Eine allfällige Schweizer Energiewende muss zwingend wirtschaftsverträglich sein. Die Schweizer Wirtschaft ist auf wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen, insbesondere auch die produzierende Exportindustrie.

Die Energiestrategie 2050 verteuert nicht nur die Energie in unbekanntem Masse, sondern sie beinhaltet auch keine Pläne zur Sicherstellung der mittel- bis langfristigen Versorgung, welcher die Schweizer Wirtschaft grosse Bedeutung zumisst. Das KEV-Subventionssystem, so wie sie jetzt aufgelegt ist, führt zu grossen Fehlanreizen. Das Limit für die kostendeckende Einspeisevergütung sehen wir bei 1,5 Rappen pro Kilowattstunde mit klarer zeitlicher Begrenzung. Auch besorgt sind wir über das vorgesehene Technologieverbot. Ein solches verhindert Forschung und Entwicklung. Gerade im Energiebereich sollte es uns aber ein Anliegen sein, dass wir uns selber keine Denkverbote auferlegen.

Nagra hat ihre Vorschläge präsentiert

Am 30. Januar 2015 hat die Nagra ihre Vorschläge für Standortgebiete präsentiert, die in Etappe 3 des Sachplanverfahrens geologische Tiefenlager weiter untersucht werden sollen. Es sind die geologischen Standortgebiete Zürich Nordost und Jura Ost. Die AVES Schweiz begrüsst, dass nun konkrete Vorschläge für die Endauswahl vorliegen.

Mit den von der Nagra präsentierten Vorschlägen ist ein weiterer Meilenstein in Richtung Tie-



Karte mit den geologischen Standorten (Bild: nagra)

fenlager erreicht worden. Die Schweiz ist damit einem künftigen Standort zur Lagerung radioaktiver Abfälle näher gekommen, denn jetzt liegen konkrete Vorschläge für die Endauswahl vor. Es sind dies die geologischen Standortgebiete Zürich Nordost und Jura Ost. Die Gebiete Südranden, Nördlich Lägern, Jura-Südfuss und Wellenberg sollen zurückgestellt werden.

Die Schweiz darf eine definitive Lösung für die Lagerung der radioaktiven Abfälle im Inland nicht weiter hinausschieben, will sie ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Vorschläge der Nagra zeugen nun davon, dass es vorwärts geht. Die Nagra zumindest hat gute Arbeit geleistet und nimmt ihre Verantwortung wahr. Die Vorschläge müssen noch im Detail von den zuständigen Stellen geprüft und genehmigt werden. Danach benötigt es vor allem noch den politischen Willen dazu, denn radioaktive Abfälle können sicher in der Schweiz entsorgt werden.

Kantonale Abstimmung in Schaffhausen

Ohrfeige für die Energiewende

Das Schaffhauser Stimmvolk sagte am 8. März 2015 mit 58,1 Prozent deutlich Nein zur kantonalen Energiestrategie, welche zusätzliche Stromabgaben und staatliche Subventionsprogramme implementieren wollte. AVES Schweiz begrüsst die Ablehnung der Vorlage, die einem Schuss vor den Bug der Energiewende gleichkommt. Das Resultat sendet ein deutliches Signal an die nationale Politik – die Energiestrategie 2050 muss vors Volk!

Das Schaffhauser Stimmvolk hat die Revision des Baugesetzes – das erste Massnahmenpaket zur Umsetzung der kantonalen Energiestrategie – mit 58,1 Prozent klar abgelehnt. In keiner einzigen Schaffhauser Gemeinde konnte eine Mehrheit dafür erzielt werden. Kernstück der Vorlage war eine Förderabgabe in Höhe von 0,7 bis 0,8 Rappen pro Kilowattstunde. Die Schaffhauser wehrten sich zu Recht gegen höhere Abgaben auf den Stromverbrauch, die faktisch einer zusätzlichen Stromsteuer gleichgekommen wären. Die Bevölkerung will keine weiteren Marktverzerrungen und keine weiteren finan-

ziellen Belastungen vor allem für die Mieter. AVES Schweiz begrüsst dieses Resultat, dessen Bedeutung über die kantonalen Grenzen hinausgeht und wegweisenden Charakter hat.

Resultat mit Symbolwirkung: Energiestrategie 2050 soll an die Urne

Dieser Entscheid ist ein deutliches Warnsignal an die nationale Politik. Er zeigt beispielhaft, dass das Volk nicht pauschal dazu bereit ist, höhere Abgaben und unausgereifte Subventionsprogramme mitzutragen. Er zeigt auch, dass Instrumente wie die Kostendeckende Einspei-

Wirtschaftsfeindliche Ziele des Bundesrates

Der Bundesrat hat Ende Februar 2015 seine neuen Ziele in der Klimapolitik präsentiert. Die Schweiz soll bis 2030 die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 um fünfzig Prozent senken. Den grössten Teil der Einsparungen möchte der Bundesrat im Inland erzielen.

Der Bundesrat will bis im Jahr 2030 unsere Treibhausgase im Vergleich zu 1990 halbieren. Gleichzeitig sollen wir nach seinem Willen aus der Kernenergie aussteigen, welche beinahe CO₂-frei ist. Zusätzlich ist gemäss Bundesrat auch noch unser Stromverbrauch massiv zu reduzieren, was den Ersatz der fossilen Energien durch Elektrizität schwierig bis unmöglich gestaltet. Inmitten dieses Wunschkonzertes kann einem ob so vielen in den nächsten fünfzehn Jahren anstehenden Entbehrungen schwindlig werden.

Dieses Paket bundesrätlicher Wunschziele ist völlig unrealistisch – spätestens bei der Umsetzung. Mit solchen Klimazielen, die notabene ambitionierter sind als die der EU, würden wir unserer Wirtschaft massiven Schaden zufügen. Und dann werden wir dafür auch noch möglichst viel Geld ausgeben, da drei Fünftel der Reduktionen durch inländische Massnahmen erzielt werden sollen. Eine inländisch eingesparte Tonne CO₂ kostet ein Vielfaches mehr als ihre Einsparung im Ausland. Bleibt zu hoffen, dass mit der auf Sommer 2016 angekündigten Revision des CO₂-Gesetzes Korrekturen erfolgen.

severgütung (KEV) und eine mangelhaft ausgearbeitete Energiestrategie von der Bevölkerung vernünftigerweise kritisch betrachtet werden. Die Abstimmung deutet auch darauf hin, dass das Stimmvolk gegenüber den Plänen des Bundesrates skeptisch eingestellt ist. AVES Schweiz sieht es deshalb als zwingend nötig an, die Energiestrategie 2050 des Bundes an die Urne zu bringen und das Schweizer Stimmvolk darüber abstimmen zu lassen.

Nationale Abstimmung «Energie- statt Mehrwertsteuer»

Vernichtende Resultate für jegliche Lenkungsabgaben

Am 8. März 2015 erlitt die erste von den Grünliberalen lancierte Volksinitiative vom Schweizer Stimmvolk eine radikale Abfuhr. Die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» wurde an der Urne mit historischen 92 Prozent verworfen. Dies ist ein klares Votum des Volkes gegen jegliche weitere Energieabgaben. Der Bundesrat muss nun für die Ausgestaltung der zweiten Etappe der Energiestrategie 2050 zwingend über die Bücher.

Das Schweizer Stimmvolk hat am 8. März 2015 die Initiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» unmissverständlich mit 92 Prozent der Stim-

men abgelehnt. In allen Kantonen wurde die Initiative überaus deutlich verworfen; gerade mal in drei Kantonen schaffte die Initiative einen Ja-Anteil von knapp über zehn Prozent. Dies ist das zweitschlechteste Resultat in der Geschichte. Mit einem Ja wäre die Mehrwertsteuer abgeschafft und durch eine Steuer auf Energie (Erdöl, Gas, Kohle und Uran) ersetzt worden.

Die Energiestrategie 2050 bröckelt

Die Abstimmung ist aber vor allem ein starkes Zeichen an den Bundesrat: das Volk will keine weiteren Energieabgaben. Die ökologische Steuerreform, welche als zweites Massnahmen-

paket ab dem Jahr 2021 das bisherige Förder-system ablösen sollte, wird mit diesem Resultat unrealistisch. Und ohne diese zweite Etappe wankt das gesamte Vorhaben der Energiestrategie 2050. Nimmt man dieses Abstimmungsergebnis ernst, muss man einsehen, dass derzeit neue Lenkungsabgaben chancenlos sind. Jetzt fernab jeglicher Realität ein System mit hohen Lenkungsabgaben zu präsentieren, wie das der Bundesrat fünf Tage nach der Abstimmung gemacht hat, ist nicht zielführend. Zu lange schon hat der Bundesrat seine energiepolitischen Pläne ohne Rücksicht auf die Meinung des Volkes und der Wirtschaft vorangetrieben.

Präsident

Dr. Albert Röstli, Nationalrat, Uetendorf BE

Vizepräsident

lic. iur. Konrad Studerus, Edlibach ZG

Vorstandsmitglieder

Hans Killer, Nationalrat, Untersiggenthal AG
Christian Wasserfallen, Nationalrat, Bern BE
Walter Jermann, alt Nationalrat, Dittingen BL
Dr. Arthur Loepfe, alt Nationalrat, Appenzell AI
Martin Arnold, Kantonsrat, Oberrieden ZH
Walter E. Böhlen, Niederrohrdorf AG
Erich Kaufmann, dipl. El.-Ing. HTL, Lachen SZ

Anschrift

Sekretariat AVES Schweiz
Postfach 319, 3000 Bern 7
Telefon 041 544 25 44

Internet

www.aves.ch

Mail

info@aves.ch

Druck

Speck Print AG, 6340 Baar
Auflage: 6'000 Exemplare
Erscheint vierteljährlich

AZB
3000 Bern 7

Ständeratskommission auf Vorlage zur Energiestrategie 2050 eingetreten

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerats (UREK-S) hat am 12. Februar 2015 entschieden, auf die Vorlage zum ersten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050 einzutreten. Der Entscheid fiel mit 11 zu 1 Stimmen deutlich aus, obwohl die Kommission selbst von vielen offenen Fragen spricht. Angesichts des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds war unter anderem von der economiesuisse eine Rückstellung des Geschäfts gefordert worden.

Die Kommission ist der Überzeugung, die Vorlage zur Energiewende sei nötig, weil in erster Linie Ersatz für die wegfallende Produktion der Kernkraftwerke geschaffen werden müsse. Sie hält fest,

dass noch viele Fragen offen seien, die einer gründlichen Prüfung bedürften. Die Unterstützung für die Schweizer Wasserkraft, wie sie vom Nationalrat in die Vorlage eingebracht wurde,

wird begrüsst. Gleichzeitig bestehen Bedenken, dass die Herausforderungen für eine rentable einheimische Stromproduktion mit dem starken Franken nochmals grösser würden. Eine Minderheit bezeichnet die Vorlage als «energiepolitischen Blindflug» und fordert, der Weg hin zum Lenkungssystem, das mit dem zweiten Massnahmenpaket geplant ist, müsse genauer aufgezeigt werden, damit die Wirkung und Eignung der Massnahmen im vorliegenden Entwurf besser abgeschätzt werden könnten.

aves persönlich

Ohne redaktionelle Verantwortung (Die Beiträge erscheinen teils in gekürzter Form.)

Radioaktivität gehört zum Leben

Die Nagra verrichtet für unser Schweizer Lagerkonzept für radioaktiven Abfall wertvolle Arbeit. Diese schwach-, mittel- und hochaktiven Abfälle aus dem Betrieb unserer Kernkraftwerke, aus der nuklearmedizinischen Anwendung in den Schweizer Spitälern und in der technischen Anwendung für die zerstörungsfreie Werkstoffprüfung in den metallverarbeitenden Betrieben sind auf jeden Fall in der Schweiz sicher zu lagern. Die Gegner der Atomenergie und die Menschen, die sorgenvoll in die Zukunft blicken und sich in Leserbriefen bemerkbar machen, lade ich ein, sich zu vergegenwärtigen, dass die Radioaktivität zu unserem Leben auf dieser Erde gehört. Diese Radioaktivität existiert, seitdem der Schöpfungsprozess begann, und wird andauern, bis die Sonne ihre Energieproduktion beendet. Radioaktivität ist ein Teil unserer

Evolution und trägt im Rahmen der zulässigen Werte viel Positives zu unserem Leben bei. Die gesamte Problematik der Radioaktivität im Zusammenhang mit menschlicher Tätigkeit ist international in den Strahlenschutzgesetzen geregelt und nützt uns, wenn man richtig damit umgeht.

Jörg Kramer, Rickenbach

Atomlobby versus Atomgegner

Egal, wer nun gewinnt, soll das Volk zu den wichtigen Entscheidungen eigentlich nichts zu sagen haben? Im Moment sieht es jedenfalls so aus, als ob Bundesrat und Parlament über unsere Energiezukunft befinden, ohne dass wir mitbestimmen können. Wollen wir diesen Politikbereich wirklich nur den Lobbys überlassen?

Martin Sinzig, Berg

Zur Energiedebatte im Nationalrat

Die Energiedebatte im Nationalrat ist vorbei. In der Schlussab-

stimmung wurde die vom Bundesrat vorgeschlagene Energiestrategie 2050 mit 110 zu 84 Stimmen angenommen. Folgt der Ständerat der Parteidisziplin, wird auch dort bei total 17 SVP und FDP-Mitgliedern kein anderes Resultat zu erzielen sein. Als kleiner Lichtschimmer kann die Absage des Nationalrates an die Initiative der Grünen, die AKWs prinzipiell nach 45 Jahren ausser Betrieb zu nehmen, gewertet werden. Tragischerweise ist in diesem Abstimmungspaket auch das Verbot der Erstellung weiterer Kernkraftwerke und das Verbot der Aufarbeitung abgebrannter Brennelemente enthalten. Dies im Wissen, dass Kernkraftwerke einer neueren Generation (Typ EPR) nochmals erhöhte Sicherheitseinrichtungen aufweisen, die eine Kernschmelze ausschliessen, und dass durch das Aufbereiten abgebrannter Brennelemente der Rohstoffverbrauch von Uran vermindert werden kann. **Charles Henry, Winterthur**

- AG** AVES Aargau
Dr. Reto Müller
Wiesenweg 6, 8115 Hüttikon
r_p_mueller@gmx.ch
www.aves-aargau.ch
- BE** AVES Bern
Beat Schauwecker, Fürsprecher
Schulweg 6, 3013 Bern
b.schauwecker@bluewin.ch
info@avesbern.ch
www.avesbern.ch
- BS** AVES Region Basel
- BL** Walter Jermann, alt Nationalrat
Blauenweg 10, 4243 Dittingen
wjermann@bluewin.ch
www.avesbasel.ch
- GL** AVES Glarus
Erich Kaufmann
Herrengasse 8, 8853 Lachen
erichkaufmann@bluewin.ch
- GR** AVES Graubünden
Baltermia Peterelli
Veia Segantini 4, 7460 Savognin
p.peterelli@bluewin.ch
- LU** AVES Luzern
Markus Alder
avesluzern@gmail.com
www.aves-luzern.jimdo.com
- NW** AVES Nidwalden
Konrad Niederberger
Postfach 1004, 6371 Stans
- SG** AVES St. Gallen
Axel Ziegler
Hauptstrasse 22, 9422 Staad
axel56@windowsslive.com
- SH** AVES Schaffhausen
Christian von Burg
info@aves-sh.ch
www.aves-sh.ch
- SO** AVES Solothurn
Postfach 130, 4502 Solothurn
info@aves-so.ch
www.aves-so.ch
- SZ** AVES Schwyz
Hans Gnos
Tannenweg 9, 6410 Goldau
hans_gnos@bluewin.ch
- TG** AVES Thurgau
Postfach 94, 8572 Berg
info@aves-tg.ch
www.aves-tg.ch
- UR** AVES Uri
Marlies Z'graggen
Hellgasse 63, 6460 Altdorf
zgrazga@bluewin.ch
- ZG** AVES Zug
Postfach 1342, 6301 Zug
info@aves-zug.ch
www.aves-zug.ch
- ZH** AVES Pfannenstil
Dr. Hans R. Moning
Gotthardstrasse 10, 8800 Thalwil
info@aves-zh.ch
hr.moning@moning.com
www.aves-zh.ch
- ZH** AVES Winterthur
Postfach 1545, 8401 Winterthur
jkramer@bluewin.ch
- ZH** AVES Zürich
c/o Kant. Gewerbeverband
Zürich KGV
Postfach 2918, 8021 Zürich
ueli.bamert@kgv.ch
www.aves-zuerich.ch